



Die Arizona-Regierung lässt Sie die Zeche zahlen, aber **es gibt Alternativen!**



Ein Budget, in dem Sie zählen!

Im Supermarkt kostet Ihr Einkaufswagen immer mehr. Die Energiepreise werden voraussichtlich wieder in die Höhe schnellen, und auch internationale Konflikte sind an der Zapfsäule zu spüren. Die Löhne bleiben eingefroren und die Indexierung steht unter Druck. Gleichzeitig müssen Sie länger und härter arbeiten... nur um weniger zu verdienen.

Es ist nicht überraschend, dass die Proteste auf den Straßen stattfinden, denn die Folgen dieser Maßnahmen werden immer konkreter. Viele Menschen werden bestraft: Frauen, ältere Arbeitnehmer, Teilzeitbeschäftigte, LBA-Mitarbeiter, arbeitslose nahestehende Hilfspersonen, Langzeitkranke, Rentner, aber auch Nachtarbeiter, Beamte, Lehrer, Menschen, die zu sogenannten „freiwilligen“ Überstunden gezwungen werden oder junge Menschen, die später mit niedrigeren Renten auskommen müssen.

Unter dem gemeinsamen Druck der Gewerkschaften haben wir bereits wichtige Anpassungen erreicht:

- › Aufrechterhaltung des Zeitkredits am Laufbahnende.
- › Gleichstellung von Krankheit, Mutterschaftsurlaub, Vaterschaftsurlaub, vorübergehende Arbeitslosigkeit und Militärdienst für den vorzeitigen Ruhestand.
- › Verschiebung des Pensions-Malus bis 2027.
- › Gleichstellung von Krankheitszeiten.

Basierend auf den Berechnungen des föderalen Planbüros und des Rechnungshofes sowie der Kritik des Staatsrats und der Vorbehalte des Verfassungsgerichts setzen wir unsere Mobilisierung gegen die ungerechten Maßnahmen der Regierung fort.



Unsere Alternativen finden Sie online über den nebenstehenden QR-Code oder auf www.diecsc.be/alternativen

Lieber Leser,

Die Arizona-Politik schadet weiterhin den Interessen gewöhnlicher Bürger: Jung und Alt, Arbeiter, Rentner, Kranke oder Arbeitssuchende. Die Bürger werden zur Kasse gebeten, während der Premierminister versucht, bis 2029 weitere 7 Milliarden Euro einzusparen, um die europäischen Haushaltsvorgaben einzuhalten. Ohne eine Kursänderung wird das belgische Haushaltsdefizit weiter wachsen. Das Problem ist, dass es die Regierung selbst ist, die dieses Defizit verursacht. Anstatt die Last ausschließlich auf die Arbeitnehmer und die Verwundbarsten abzuwälzen, um diese Lücken zu schließen, muss die Regierung faire Einnahmen finden, um den Haushalt auszugleichen. Die CSC schlägt Alternativen vor, um diesen Trend umzukehren. Entdecken Sie sie jetzt in dieser Zeitung.

Ann Vermorgen,
CSC-Präsidentin

Marie-Hélène Ska,
CSC-Generalsekretärin



Sie zahlen den Preis... Wir geben nicht auf!



Charlie, alleinerziehende Mutter von zwei Teenagern, Axel und Vic. „Haben wir denn die stärksten Schultern?“

„Ich habe zwei Teenager-Jungs, aber die essen wie vier“, sagt Charlie, die bei Daikin, einem Hersteller von Wärmepumpen, arbeitet. „Das merkt man schnell, wenn der Einkaufswagen teurer wird. Zusätzlich gibt es Ferienlager- oder Fußballvereinsgebühren, alles Ausgaben, die die Regierung durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer von 6 % auf 12 % erhöht. Und wenn der Erdgaspreis steigt, haben wir kein zweites Einkommen, das das ausgleicht.“

Arizona greift unsere Löhne an!

- › Während die Lebenshaltungskosten in die Höhe schießen, hält die Arizona-Regierung eine Lohn-Zwangsjacke aufrecht, die Reallohnerhöhungen verhindert.
- › Das Gesetz über die Lohnnorm wirkt als Sicherung, indem es jede reale Lohnerhöhung blockiert, selbst wenn Unternehmen Gewinne erzielen. Während Arbeiter Wohlstand schaffen, nimmt ihr Anteil am Kuchen ab, während der des Kapitals steigt.
- › Gehälter zu sperren bedeutet eine Schwächung des verfügbaren Einkommens, insbesondere für alleinerziehende Eltern.

Roger und Andrea, beide 95 Jahre alt, leben von einer gemeinsamen Rente.

„Rührt keine Rente an, die nicht einmal für ein Pflegeheim reicht.“

„Für uns war es normal, dass Andrea zu Hause blieb. In den Augen der Regierung hat sie jedoch nie gearbeitet. Während ich sah, wie sie unermüdlich für ihre Mutter und ihre Schwester sorgte, die krank war und kein Einkommen hatte, für unsere sechs Kinder und unsere zehn Enkelkinder... Deshalb haben wir heute nur eine Rente. Wir leben von Tag zu Tag.“

„Wie können sie es wagen, uns der Indexierung zu entziehen? Und das kommt zusätzlich zur Erhöhung der Verbrauchssteuern auf Gas und der Abschaffung des Ehequotienten, der einst zur Unterstützung von Haushalten mit nur einem Einkommen gedacht war. Zum Glück können wir gemeinsam in unserem Haus wohnen. Aber rühren Sie keine Rente an, die nicht einmal ausreicht, um ein Pflegeheim zu bezahlen.“

Arizona greift unsere Renten an!

- › Mit der Abschaffung des Ehequotienten werden Haushalte mit nur einem Einkommen oder solche mit bescheidenem Einkommen ab 2028 bestraft. Dann müssen sie mehr Steuern zahlen.



„761 Euro im Monat sind gerade genug, um unter einer Brücke zu leben.“

„Ich bin alleinerziehende Mutter. Da ich mich um Dimitri kümmere, kann ich nicht arbeiten. Ich habe mein Arbeitslosengeld verloren und als nahestehende Hilfsperson bekomme ich nur 716 Euro im Monat... Dimitri ist ein großartiges Kind. Er ist mehr als seine Behinderung. Es ist, als ob wir in den Augen dieser Regierung nicht existieren. Ich kann nicht mehr schlafen, ich habe Panikattacken. Im Moment bin ich im Ungewissen, und das lastet schwer auf mir. Ich habe mich nicht entschieden, ein schwer behindertes Kind zu bekommen. So ist das Leben, das kann jedem passieren, sogar einem Minister.“

Arizona greift nahestehende Hilfspersonen an!

- › Die für arbeitslose nahestehende Hilfspersonen geltenden Vorschriften sind auf ein Jahr begrenzt, während viele Betreuungssituationen dauerhaft sind. Zum Beispiel schwere Behinderungen oder bestimmte beeinträchtigende Krankheiten. Außerdem ist der Betrag zu niedrig und bietet keinen ausreichenden Schutz vor Armut, insbesondere für alleinstehende Hilfspersonen. Dabei handelt es sich oft um alleinerziehende Mütter, die auf die Mindestzulage angewiesen sind, die einem arbeitslosen Mitbewohner gezahlt wird.

Yana (52), alleinerziehende Mutter, kümmert sich um ihren Sohn Dimitri, der schwer behindert ist.

„Wie soll ich mehr arbeiten, wenn ich mich auch mehr um meine Kinder kümmern muss?“

„Ich habe immer zumindest Teilzeit gearbeitet und mehr, wenn möglich. Ich habe mein Bestes gegeben, um beruflich aktiv zu bleiben“, sagt sie. „Auch wenn es oft sehr schwierig war, beides zu vereinbaren. Einerseits fordert die Regierung uns auf, länger zu arbeiten. Andererseits erwartet sie, dass wir immer mehr Verantwortung für die Fürsorge für andere übernehmen. Mit dem Rentenmalus habe ich das Gefühl, dass ich dafür bestraft werde.“

Solange (59) verbindet ihre Arbeit mit der Betreuung ihrer beiden behinderten erwachsenen Kinder.

Arizona geht gegen Frauen und Teilzeitbeschäftigte vor!

- › Um eine volle Rente zu erhalten, müssen Sie nun mindestens 35 Berufsjahre und 7.020 Arbeitstage haben. Menschen, die diese Schwellenwerte nicht erfüllen, werden bestraft.
- › Ab 2027 wird die Rente pro Jahr vorzeitiger Rente im Vergleich zum gesetzlichen Pensionsalter (derzeit 66 Jahre, ab 2030 67 Jahre) um 2 % reduziert. Im Jahr 2030 wird diese Strafe auf 4 % steigen und ab 2040 sogar 5 % erreichen.



Tine (60 Jahre alt, Name geändert) hatte drei Krebserkrankungen.

„Beim letzten Mal haben die Ärzte die Hälfte meiner Lunge entfernt. Ich kann nicht mehr Vollzeit arbeiten.“

„Ich hatte drei Krebserkrankungen. Jedes Mal musste ich eine Rehabilitationsphase durchlaufen, weitermachen und meine Kinder großziehen. Die Arbeit gab mir einen Platz in der Gesellschaft. Aber das System ist starr und restriktiv und schränkt die Möglichkeit stark ein, arbeiten zu gehen und Entschädigungen zu erhalten. Die Gesetzgebung ist komplex und umfasst viele Verwaltungsverfahren. Das System sollte uns aber eigentlich helfen!“

„Es empört mich sagen zu hören, dass die Langzeitkranken ‚aktiviert‘ werden müssen. Als wären wir nicht krank. Ich möchte arbeiten, und ich kann es tun, wenn meine Arbeitsbedingungen angepasst werden. Zum Beispiel über kurze Zeiträume. Mein Körper erlaubt mir nicht mehr.“

Arizona greift die Kranken an!



- › Die Regierung De Wever hat beschlossen, die Regeln für Langzeitkranke zu verschärfen. Sie können schneller, ohne Entschädigung oder Kündigungsfrist entlassen werden, und sind härteren Strafen ausgesetzt, wenn sie nicht zu einem Termin erscheinen. Diese Maßnahmen werden wahrscheinlich die Zahl der Langzeitkranken erhöhen.



Kelly (43) verrichtet Nachtschichten bei Delhaize.

„In Zukunft werden die neuen Kollegen weniger Prämien erhalten.“

„Nachtarbeit ist sowohl körperlich als auch geistig sehr anstrengend. Sie hat auch einen erheblichen Einfluss auf das Familienleben. Wenn ich diesen Job wähle, dann vor allem wegen der Bezahlung. Ich verdiene etwa 500 Euro an Nachtprämien pro Monat, was einen echten Unterschied macht. Meine zukünftigen Kollegen werden weniger Prämien erhalten, und das wird zweifellos zu Spannungen führen. Das ist keine gesunde Arbeitssituation.“



Arizona greift unsere Arbeitszeit an und ebnet den Weg für billige Nachtarbeit sowie kostengünstigere Überstunden.

- › Die Lockerung der Nachtarbeit führt zu erheblichen Einkommensverlusten, verringert den sozialen Schutz und kann der Gesundheit schaden.
- › Zusätzlich zur Reform der Nachtarbeit beabsichtigt die Regierung auch, die Anzahl der „freiwilligen“ Überstunden zu erhöhen, wodurch jegliche Bremsen für späte und verlängerte Arbeitszeiten beseitigt werden, was Gesundheit und Work-Life-Balance beeinträchtigt.

Berechnen Sie Ihren Jahresverlust, falls Ihr Arbeitgeber entscheidet, Sie nach dem „freiwilligen Überstunden“-System zu bezahlen.

www.diecsc.be/rechner-überstunden



Angesichts ihrer Schwierigkeiten, unsere Alternativen

Charlie, Roger, Andrea, Yana, Solange, Tine, Kelly sind die Hauptopfer der „Tina“ oder „There is no alternative - Es gibt keine Alternativen“ der Regierung. Ihnen wird immer wieder gesagt, dass die Maßnahmen, die sie treffen, schmerzhaft, aber notwendig sind und dass jeder sich anstrengen muss. Aber es muss klar gesagt werden: Diese Tina ist weder neutral, noch notwendig, noch gerecht. Die heutige Politik trifft immer dieselbe Entscheidung: Diejenigen, die von ihrer Arbeit leben, ihr ganzes Leben lang gearbeitet haben, auf ein Taschengeld angewiesen sind, um sich um ihre Liebsten zu kümmern oder einfach nur würdevoll zu leben, sollen die Rechnung bezahlen.

Die Arizona-Regierung baut systematisch unseren sozialen Schutz ab. Man muss länger und flexibler arbeiten, um weniger Rente und weniger verfügbares Einkommen zu haben. Löhne sind eingefroren, Prämien verschwinden, die Mehrwertsteuer steigt und Indexierungen werden angegriffen. Langzeitkranke Menschen werden belästigt und ins Visier genommen.

Kurz gesagt: Egal, ob Sie Angestellter, Kader, Arbeiter, Mitarbeiter im öffentlichen Dienst sind, auf Arbeitsuche oder kurz vor der Pensionierung stehen – auch Sie werden die Auswirkungen der Sparmaßnahmen Arizonas spüren: Sie werden in den kommenden Jahren einen Einkommensrückgang erleiden. Unterdessen wachsen die Gewinne von Arbeitgebern und Unternehmen Jahr für Jahr weiter!

Es muss nicht so sein. Das muss sich ändern. Glaubwürdige Alternativen zum Haushaltsausgleich existieren: Die CSC wird weiterhin faire und solidarische Alternativen verteidigen.



Ein Budget, in dem Sie zählen!



Ein Budget, in dem Sie zählen!

Die Regierung lässt gerne verlauten, dass es keine andere Lösung gibt: „Vor allem die Ausgaben für die Sozialversicherung sind das Problem.“ Aber die Fakten zeigen eine ganz andere Realität. Unsere Wirtschaft läuft in einem vernünftigen Tempo, die Gewinne sind hoch, und es gibt Alternativen, um den Haushalt auszugleichen. Hier sind einige davon.

Keine unnötigen Subventionen > 4,81 Milliarden Euro

Zum Beispiel würde die Senkung der Sozialversicherungsbeiträge für die Erstinstellung keine Arbeitsplätze schaffen. Die Abschaffung dieser Maßnahme würde 620 Millionen Euro einbringen! Die für den Diesel der professionellen Transportunternehmen (einschließlich ausländischen) gewährten Subventionen würden 500 Millionen Euro betragen - von den 16 Milliarden Euro belgischer Subventionen für fossile Brennstoffe. Wir könnten diese Budgets nutzen, um die Lkw-Flotte umweltfreundlicher zu gestalten.

Ein weiteres Beispiel betrifft den Steuerabzug für Innovationseinkünfte. Diese kostspielige Maßnahme ermutigt Unternehmen nicht, mehr in Forschung und Entwicklung zu investieren: Er ermöglicht es ihnen, von Steuerabzügen für bereits realisierte Innovationen zu profitieren. Eine Begrenzung dieser Maßnahme würde 1 Milliarde Euro einbringen.

Faire Beiträge. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit > 1,83 Milliarden Euro

Reduzierte Beiträge für Flexijobs oder Studentenjobs sind ein vergiftetes Geschenk. Wir haben den Eindruck, dass wir heute mehr verdienen, aber wir tragen weniger von unserer Rente, dem Zugang zu Arbeitslosigkeit und öffentlichen Dienstleistungen im Allgemeinen bei. Normale Beiträge für Flexijobs würden 380 Millionen Euro einbringen, und die für Studentenjobs 750 Millionen Euro.

Selbstständige hingegen zahlen weniger Sozialversicherungsbeiträge als Arbeitnehmer, während ihre Mindestrente heute gleichwertig ist. Die Angleichung ihrer Beiträge an die der Arbeitnehmer würde es ermöglichen, 700 Millionen Euro einzunehmen.

Ein Euro ist ein Euro! Ende der Steuermanipulation > 15,182 Milliarden Euro

Zum Beispiel kaufen einige Unternehmen ihre eigenen Aktien zurück. Diese Praxis

erhöht den Wert der Aktien und ermöglicht es, Aktionäre zu belohnen, oft mit steuerlich vorteilhaften Bedingungen. Die Arbeitnehmer hingegen erhalten nicht ihren Anteil am von ihnen geschaffenen Mehrwert. Ein fairer Beitrag zum Rückkauf der eigenen Aktien würde 1 Milliarde Euro einbringen.

Ein weiteres Beispiel für Steuermanipulation ist die Vergütung von Arbeitnehmern (oft leitenden Führungskräften) im Bereich Aktienoptionen. Diese „Zahlungen“ profitieren von einem sozialen System, das vorteilhafter ist als ein Gehalt. Die Reform der Besteuerung von Aktienoptionen würde es ermöglichen, 756 Millionen Euro zurückzugewinnen.

Schließlich ermöglicht die Gründung von Managementgesellschaften einigen, weniger Steuern und Beiträge zu zahlen, indem sie einfach ihren Status ändern, während sie die gleiche Arbeit wie die Mitarbeiter verrichten. Diese ungerechtfertigten Vorteile zu beenden bedeutet, versteckte Steuerhinterziehung zu stoppen und sicherzustellen, dass alle fair zu Sozialversicherung und öffentlichen Dienstleistungen beitragen. Ein Kampf gegen dieses System würde 526 Millionen Euro einbringen.

Besserer Kampf gegen Betrug und Entwicklung interner Expertise innerhalb der öffentlichen Behörden

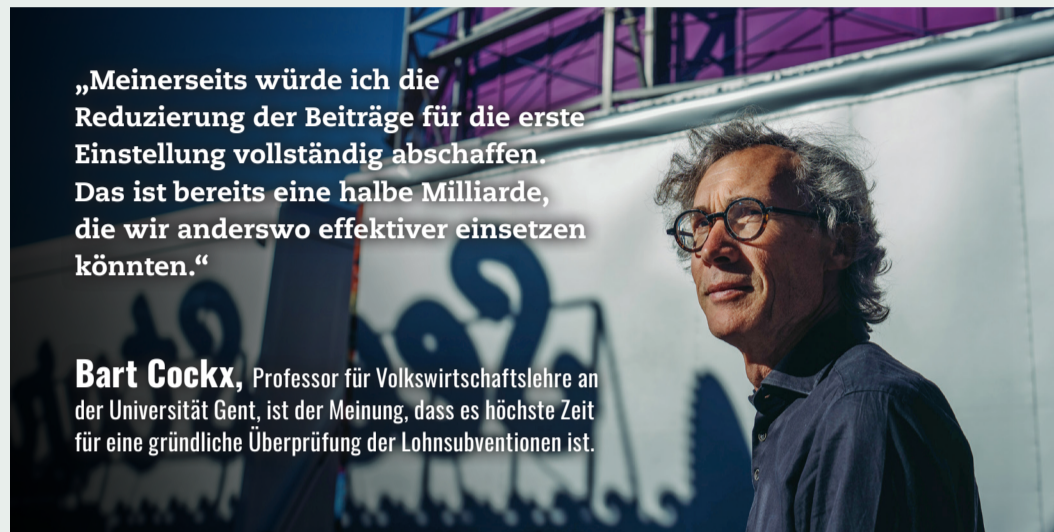
Durch die Verringerung der Mehrwertsteuerlücke – also die Einnahmen, die der Staat durch Mehrwertsteuerbetrug verloren hat – auf das Niveau des europäischen Durchschnitts wäre es möglich, 1,6 Milliarden Euro zurückzugewinnen. Eine geringere Abhängigkeit von externer Beratung und die Stärkung der internen Expertise würden 200 Millionen Euro einsparen.

Ein erster Schritt zur Einführung einer Steuer für große Unternehmen, die unsere digitale Infrastruktur nutzen, wird auf 1 Milliarde Euro geschätzt – und das ist eine vorsichtige Schätzung.

Auch sie sehen Alternativen

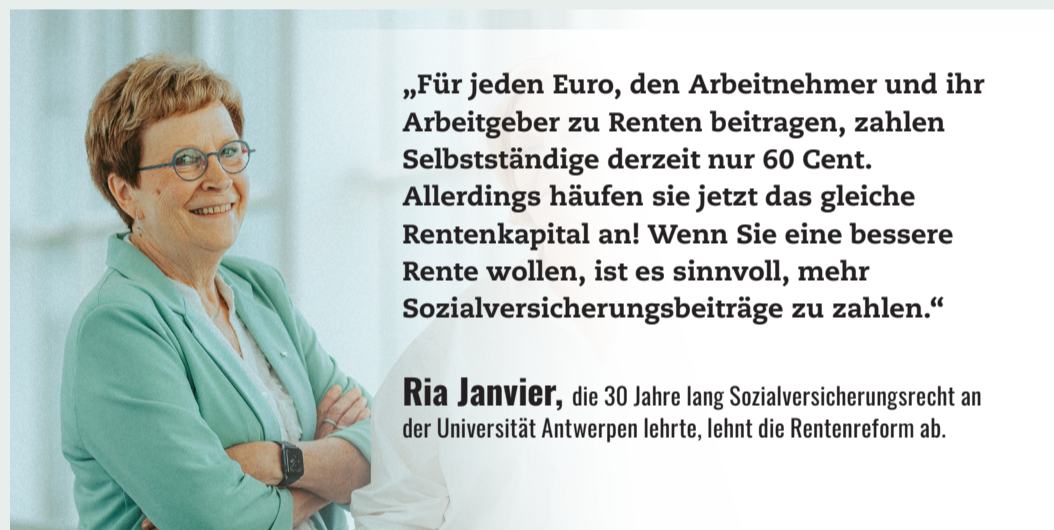
„Meinerseits würde ich die Reduzierung der Beiträge für die erste Einstellung vollständig abschaffen. Das ist bereits eine halbe Milliarde, die wir anderswo effektiver einsetzen könnten.“

Bart Cockx, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Gent, ist der Meinung, dass es höchste Zeit für eine gründliche Überprüfung der Lohnsubventionen ist.



„Für jeden Euro, den Arbeitnehmer und ihr Arbeitgeber zu Renten beitragen, zahlen Selbstständige derzeit nur 60 Cent. Allerdings häufen sie jetzt das gleiche Rentenskapital an! Wenn Sie eine bessere Rente wollen, ist es sinnvoll, mehr Sozialversicherungsbeiträge zu zahlen.“

Ria Janvier, die 30 Jahre lang Sozialversicherungsrecht an der Universität Antwerpen lehrte, lehnt die Rentenreform ab.



„Ich zahle viele Steuern auf mein Arbeitseinkommen, aber viel weniger auf Gewinne aus Aktien oder der Vermietung von Immobilien. Dieses Ungleichgewicht ist ungesund.“

Bruno Fierens, der belgische „Millionär für die Menschheit“, setzt sich für eine Vermögenssteuer ein.



Petition zur fairen Besteuerung



In Belgien gilt: Je höher das Einkommen, desto weniger zahlt man (proportional) ein. Die reichsten 1 % tragen 23 % ihres Einkommens zum Staatshaushalt bei, verglichen mit 43 % des Einkommens der einfachen Bürger. Heute sorgt Arizona weiterhin dafür, dass diejenigen, die unser Land durch ihre Arbeit, ihre Zeit und die Fürsorge, die sie anderen geben, die Rechnung bezahlen. Dennoch schlagen Gewerkschaften und viele Experten Alternativen für eine gerechtere Besteuerung vor, bei denen alle nach ihren Mitteln an der Finanzierung des Staates teilnehmen.



Wir haben eine Petition gestartet, um unsere Alternativen ins Parlament zu bringen. Unterschreiben Sie unsere Petition und geben Sie unseren Vorschlägen für eine gerechtere Besteuerung Gewicht!

Die Regierung selbst ist der Ursprung des Haushaltsproblems

Durch die Reduzierung der Beiträge und die Gewährung von Steuervorteilen an Unternehmen verliert die öffentliche Staatskasse Jahr für Jahr Einnahmen. Unsere Sozialausgaben liegen unter dem Durchschnitt der Nachbarländer. Es sind tatsächlich politische Entscheidungen, die die Einnahmen schwächen.